

# Völlig falscher Weg

## Hövelhofer FDP kritisiert Ratsbeschluss zur Unterstützung des Sennekultvereins durch die Gemeinde

Hövelhof (WV). Der Rat der Gemeinde Hövelhof hat unlängst beschlossen, den Verein Sennekult zu unterstützen. Die Unterstützung soll über die anteilige Bereitstellung eines Mitarbeiters der Gemeindeverwaltung für die Geschäftsführung des Sennekultvereins erfolgen. Die FDP-Fraktion Hövelhof hält dies für einen »völlig falschen Weg« und hat die Bedenken in der jüngsten Ratssitzung geschildert. In einer Stellungnahme der FDP-Fraktion Hövelhof heißt es: »In der Beschlussvorlage der Verwaltung wurde suggeriert, dass mit der Bereitstellung des Mitarbeiters ein Zuschuss in Höhe von 9000 Euro eingespart werden kann. Über die Kosten für die Stelle wurden jedoch in der Beschlussvorlage keine Angaben gemacht.«

Daraufhin habe die FDP-Fraktion die Kosten eigenständig geschätzt. Die Fraktion beziffert diese auf etwa 15 000 bis 20 000 Euro jährlich. Durch Nachfrage der Liberalen seien diese Kosten dann auch vom Bürgermeister bestätigt worden. »Die Kosten sind also weitaus höher als der gewährte Zuschuss an das Volksbildungswerk, dessen Aktivitäten nun durch den Sennekultverein übernommen werden sollen«, so die Liberalen in ihrer Stellungnahme.

»Es handelt sich um die Subventionierung einer Geschäftsführertätigkeit eines privatwirtschaftlichen Vereins. Die FDP-Fraktion vertritt die Auffassung, dass solche Tätigkeiten originär von den jeweiligen Organisationen durchgeführt werden sollten«, schreiben die Liberalen weiter. Die Geschäftsführung eines Vereins sei nach dem Gesetz Aufgabe des Vorstandes. Es stelle sich die Frage der Gleichbehandlung aller Vereine in Hövelhof. Auch im Hinblick auf das Risiko im Bereich von steuer- und vereinsrechtlichen Tätigkeiten sollte dies betrachtet werden. Die Unterstützung von Vereinen könne durch Zuschüsse erfolgen. Dies sei transparenter und es entstünden keine Verpflichtungen. Mit der getroffenen Entscheidung, die von CDU und der Unterstützung von SPD und Grünen getroffen wurde, gehe die Gemeinde ein hohes Risiko und eine finanzielle Verpflichtung ein, die aus Steuermitteln finanziert werde.

Artikel Westfalenblatt am 07.06.2016